

Richard Müller
Geschichte der deutschen Revolution
3 Bände, Verlag Olle & Wolter 1974

Einleitung von Frank Dingel

I.

„Alle Völker, die eine große Revolution durchgestanden haben, blicken mit Stolz auf sie zurück: und jede siegreiche Revolution hat das Volk, das sie zustande brachte, für eine Weile groß gemacht: Holland und England im siebzehnten Jahrhundert ebenso wie in Amerika und Frankreich im achtzehnten und neunzehnten und Rußland und China im zwanzigsten. Es sind nicht die siegreichen, es sind die erstickten und unterdrückten, die verratenen und verleugneten Revolutionen, die ein Volk krank machen. Deutschland krankt an der verratenen Revolution von 1918 noch heute.“

Mit diesen Worten beschloß der bürgerliche Publizist Sebastian Haffner 1969 sein Buch „Die verratenene Revolution“. Ob man wirklich sagen kann, daß die Revolution 1918/19 verraten worden sei, wird uns im folgenden noch beschäftigen; daß sie verleugnet und verdrängt wurde, steht außer Frage. Wie tief diese Verdrängung sitzt, zeigt die Tatsache, daß zehn Jahre nach dem 50. Jahrestag der Revolution, der zu einer kurzen Blüte in der Revolutionsforschung geführt hatte, diese Revolution kein Thema mehr ist.

Woran liegt es, daß die Revolution so wenig Spuren im historischen Bewußtsein der westdeutschen Gesellschaft hinterlassen hat? Es liegt sicherlich nicht daran, daß sie gescheitert ist (wir werden noch sehen, inwiefern) oder gar „verraten“ wurde. Auch die Revolution von 1948 ist gescheitert, ebenso die „Pariser Commune“ 1871 und die spanische Republik im Bürgerkrieg. Trotzdem gehören diese Ereignisse zum demokratischen und sozialistischen Traditionsbestand, als Meilensteine auf dem Weg menschlicher und gesellschaftlicher Emanzipation.

Vielleicht liegt die Erklärung für die mangelnde traditionsbildende Kraft der Novemberrevolution (die ebenso wie die russische Oktoberrevolution natürlich nicht auf den namengebenden Monat beschränkt blieb, sondern eigentlich erst nach der endgültigen politischen und ökonomischen Stabilisierung der Bourgeoisie nach 1923 beendet war) in der Tatsache, daß sich mit dieser Revolution niemand recht identifizieren kann.

Die Revolution stand am Beginn der Weimarer Republik. Ohne sie hätte es die erste deutsche Republik in der Geschichte nicht gegeben. In dieser Republik herrschte das *Bürgertum* nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, trotz zeitweiliger Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie. Dennoch wurde die Republik und erst recht die Revolution vom Bürgertum abgelehnt. Der Grund dafür liegt weniger in der autoritären politischen Kultur in Deutschland, die Thomas Mann in den „Betrachtungen eines Unpolitischen.“ so verherrlicht hat, sondern im Klasseninteresse der Bourgeoisie. Schon die 48er Revolution scheiterte daran, daß die Mehrheit des Bürgertums sich weigerte, die Revolution konsequent weiterzuführen, sondern einen Klassenkompromiß mit dem Junkertum vorzog. Wer geschichtsphilosophisch denkt und der Bourgeoisie in der Menschheitsentwicklung einen bestimmten Platz zuweist, nämlich die bürgerlich-demokratische Republik zu erkämpfen, die den politischen Rahmen für die proletarische Emanzipation schafft, mag darin einen „Verrat“ an den „historischen Aufgaben“ sehen und das Bürgertum feige schelten. Es war jedoch nicht feige, sondern klug. Je größer die Diskrepanz zwischen ökonomischer und politischer Entwicklung ist, um so größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß eine „nachgeholte“ bürgerliche Revolution sich nicht auf ihren bürgerlichen Inhalt beschränken läßt, sondern darüber hinausweist und zu den politischen Rechten auch die soziale Emanzipation fordert. Richard Müller weist auf diesen Sachverhalt in seinen einleitenden Bemerkungen zum ersten Band anhand der Französischen Revolution 1789 hin. Waren schon bei dieser Revolution, in der es ein als Klasse handelndes Proletariat höchstens in den allerersten Anfängen gab, Tendenzen zum Weitertreiben der Revolution über ihren bürgerlichen Rahmen hinaus nicht zu übersehen, um wieviel mehr mußte die Bourgeoisie in einer Zeit um ihre Macht fürchten, als die Existenz eines „Vierten Standes“ nicht mehr geleugnet werden konnte und die Forderung nach der „Revolution in Permanenz“ (Marx/Engels 1850, in MEW 7, S. 254) erhoben wurde. Da lag es in der Tat näher, die ökonomische Macht zu behalten und sich die politische mit dem Adel zu teilen, anstatt mit der ökonomischen Macht alles zu verlieren.

Die Novemberrevolution holte die 1848 unterbliebenen Umwälzungen nach, aber sie wollte von Anfang an mehr: die soziale Republik. Diese Revolution war daher für die Bourgeoisie eine tödliche Bedrohung. Mit unglaublichem Geschick verstand sie es, dieser Bedrohung Herr zu werden. Unhaltbare Positionen wie die Nichtanerkennung der „Freien Gewerkschaften“ als Tarifpartner wurden aufgegeben und zugleich als Konzessionen dargestellt, für die man Entgegenkommen in der entscheidenden Frage, Erhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln, erwartete und auch erhielt. Dennoch verschwand die Bedrohung während der Weimarer Republik nie ganz. Die Revolution hatte zwar die Hoff-

nungen auf einen tiefgreifenden sozialen Wandel nicht erfüllt, dies bedeutete aber nicht, daß diese Hoffnungen begraben waren. Das Gespenst der proletarischen Revolution verfolgte das Bürgertum während der gesamten vierzehn Jahre. Am Ende wurde es so bedrohlich, daß das Bürgertum es vorzog, politisch abzudanken, um sich im Faschismus ökonomisch zu retten.

Die Sozialdemokratie hatte zur Weimarer Republik ein viel positiveres Verhältnis als das Bürgertum. In gewisser Weise war es „ihre“ Republik. Die SPD war die wichtigste und zentrale Partei der „Weimarer Koalition“, die die verfassungsrechtlichen und politischen Grundlagen der neuen Republik legte. Auch nachdem die SPD ihre starke Stellung, die sie durch die Wahlen zur Nationalversammlung Anfang 1919 gewonnen hatte, durch die Konsolidierung des Bürgertums auf der einen sowie die Radikalisierung der Arbeiterschaft auf der andern Seite wieder verlor und zeitweilig auch aus der Regierungsverantwortung herausgedrängt wurde, blieb sie die Partei, die sich am stärksten mit dem „Weimarer System“ identifizierte. Trotz aller Unzulänglichkeiten schien ihr die Republik der geeignete Rahmen, um auf dem Reformwege zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu kommen.

An den Ursprung der Republik, die Revolution, erinnerte sich die SPD trotzdem ungerne. „Die deutsche Revolution von 1918“, so Sebastian Haffner, „war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde.“ Es hilft allerdings nichts, wenn man es bei diesem Paradoxon beläßt. Man muß es auflösen, wenn man aus ihm etwas lernen will. Es wäre zu einfach und darüber hinaus erkenntnismäßig auch völlig unergiebig, wollte man in dem Verhalten der sozialdemokratischen Führer in der Revolution nur den Verrat der Führer an den Prinzipien der Bewegung sehen. Die Prinzipien selbst waren alles andere als klar.

Eine sozialistische Partei hat als Hauptziel die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die Errichtung einer bedarfsorientierten Gemeinwirtschaft. Für die Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht werden soll, ist jedoch das politische System, in dem der Kampf um den Sozialismus ausgefochten wird, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Sozialdemokratie sah sich im Kaiserreich nicht nur einem immer stärker werdenden, sich zum Imperialismus mausernden Kapitalismus gegenüber, sondern auch einer undemokratischen, autoritären Prinzipien bewußt herausstellenden Monarchie, mit der die national-liberale Bourgeoisie ein Bündnis eingegangen war, so daß es scheinen mochte, autoritärer Staat und Kapitalismus seien zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Sozialdemokratie griff nicht nur die demokratischen Forderungen auf, die das Bürgertum angesichts der Risiken der 48er Revolution hatte fallen lassen, sondern machte sie zum eigentlichen Zentrum ihrer politischen Arbeit. Wenn Kapital und Autokratie eine derart inni-

ge Verbindung eingingen wie im wilhelminischen Deutschland, dann fiel es schwer einzusehen, warum Forderungen nach konsequenter Parlamentarisierung der Reichsverfassung oder nach Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts bürgerlich-demokratische Forderungen sein sollten. Verhielt es sich nicht eher so, wie Eduard Bernstein meinte, daß die Demokratie sich nicht auf irgendeinen Klasseninhalt reduzieren lasse, sondern vielmehr ein Wert an sich sei, um den zu ringen sich auch jenseits aller Klassengegensätze lohne? Zudem war der Kampf um die Demokratisierung eine vergleichsweise konkretere Aufgabe als der Kampf für den Sozialismus. Änderungen der Wirtschaftsverfassung auf reformerischem Wege waren vor 1914 völlig undenkbar. Dazu bedurfte man der politischen Macht, und die war unter den gegebenen institutionellen Bedingungen kaum zu erringen. Aus diesem Grunde blieb das Sozialismusbild immer blaß, und aus demselben Grunde konnte man sich Sozialismus immer nur im Gefolge einer Revolution vorstellen. Das klang zwar radikal und prägte das Bild der SPD nach außen, hatte aber auf die praktische Politik keine Auswirkungen. Erreichbar hingegen erschienen demokratische Reformen. Hier gab es Bundesgenossen, z.B. bei den Linksliberalen. Hier gab es auch Ansatzpunkte, z.B. in den vergleichsweise liberalen süddeutschen Staaten oder auch im Reichstag. Indem die bürgerlich-demokratischen Forderungen als klassenneutral erschienen und zugleich zum wesentlichen Inhalt sozialdemokratischer Politik wurden, konnte es nicht ausbleiben, daß die Marxsche Vorstellung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik sich in der SPD allmählich umkehrte. Der Wert eines politischen Systems wurde nicht mehr daran gemessen, inwieweit es der „Befreiung der Arbeit“ diene, sondern umgekehrt mußten sich sozialistische Versuche daran messen lassen, ob sie der politischen Demokratie genügten oder nicht.

Dieser Einstellungswandel schlug sich nicht unbedingt in den offiziellen ideologischen Verlautbarungen der SPD nieder. Bernsteins Versuch, die Theorie der gewandelten Praxis anzugleichen, erfuhr nicht zufällig gerade Widerspruch bei den Reformisten, die ihre Arbeit nicht gern durch ideologische Debatten belastet sehen wollten.

Die SPD versuchte, diese doppelbödig Position auch in der Revolution aufrechtzuerhalten: Einerseits erkannte sie die Revolution an, indem sie sich an den revolutionären Gremien beteiligte, andererseits verfocht sie von Anfang an die Auffassung, die revolutionäre Phase müsse möglichst schnell durch die Einberufung einer Nationalversammlung beendet werden. Dieser Meinung waren nicht nur die sozialdemokratischen Führer, sondern auch ein großer Teil der Parteimitglieder. Es handelte sich also beim Reformismus nicht bloß um ein Problem der Führung, sondern um eins der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. Es führte schließlich zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten.

Erste Hinweise auf die mehrheitssozialdemokratische Revolutionspolitik kann man der Einstellung der SPD zur Oktoberrevolution entnehmen. Die Haltung der SPD (zu der in dieser Frage auch bekannte USPD-Politiker wie Kautsky zu zählen sind) wird besonders deutlich, wenn man sie mit Rosa Luxemburgs Kritik der russischen Revolution vergleicht. Während Rosa Luxemburg die Revolution prinzipiell begrüßte, das Vorantreibende und Neue, in diesem Sinne auch Vorbildliche herausstreicht, um dann ihre Kritik daran anzusetzen, ob nicht bestimmte Maßnahmen, wie z.B. die Verteilung des Landes an die Bauern, den sozialistischen Absichten geradezu entgegenliefen und schließlich die Frage der politischen Freiheitsrechte daran maß, ob nicht durch ihre Unterdrückung letztlich auch der Sozialismus zugrundegehen würde, weil Sozialismus eben mehr ist als eine technische Regelung der Produktion, maßen die sozialdemokratischen Führer die Oktoberrevolution dogmatisch daran, ob sie ihren Vorstellungen von politischer Demokratie entsprach. Da sie diese Prüfung nicht bestand, erübrigten sich alle weiteren Fragen nach dem sozialen Gehalt der Revolution. Es erübrigte sich auch die Frage, ob nicht eine sozialistische Revolution in Deutschland der russischen zu Hilfe kommen könnte, um die durch Bürgerkrieg und ausländische Intervention verursachte Zwangslage der russischen Revolution zu beseitigen. Diese Zwangslage war schließlich in hohem Maße dafür verantwortlich, daß die Bolschewiki zu Repressionsmaßnahmen greifen mußten. Die sozialdemokratische Führung zog jedoch aus der Analyse der Oktoberrevolution lediglich den Schluß, daß es „russische Zustände“ in Deutschland nicht geben dürfe.

Die Bolschewismussfurcht, die Fetischisierung bürgerlich-demokratischer Institutionen und eine reformistische Grundeinstellung, die sich einen gesellschaftlichen Strukturwandel nur als langfristigen, durch demokratisch legitimierte Institutionen durchgeführten Prozeß vorstellen konnte, veranlaßten die sozialdemokratischen Parteiführer, die Massenbewegungen des November 1918 und der folgenden Monate mit äußerstem Mißtrauen zu beobachten. Obwohl die weitaus meisten Räte sozialdemokratisch orientiert waren, wie das Delegiertenverzeichnis zum ersten Reichsrätekongreß ausweist, erschienen der SPD-Führung der in der Räteform angelegte Antiparlamentarismus (der nicht mit Antidemokratismus verwechselt werden darf) und die Forderung nach sofortiger Sozialisierung so bedrohlich, daß sie ein Bündnis mit dem Bürgertum einging, um die Revolution einzudämmen und sie auf die parlamentarische Form zu beschränken. Dabei gab sie sich der Hoffnung hin, daß die Nationalversammlung ihr ein ausreichendes Mandat für Reformen auf parlamentarischem Wege geben würde. Die SPD wurde jedoch nur relativ stärkste Partei und auch mit der USPD zusammen konnte sie die absolute Mehrheit nicht erreichen. Die SPD war nun auch formell gezwungen, Bündnisse mit bürgerlichen Parteien einzugehen. Dabei erlag sie der

Illusion, das Lippenbekenntnis des Bürgertums zur parlamentarischen Demokratie für bare Münze zu nehmen, während sie in der sich radikalisierten Linken ihren Hauptfeind sah.

Da sich die SPD zentralen Bedürfnissen ihrer eigenen Anhänger versagte (Demokratisierung nicht nur des äußeren politischen Rahmens, sondern auch von Verwaltung und Militär, Durchführung der – auch von der SPD versprochenen – Sozialisierung) bewirkt sie selbst die Radikalisierung, auf die sie mit noch schärferen Repressionsmitteln antworten mußte. In den ersten Novembertagen konnte die SPD mit ihrer Einheitsparole noch gewisse Erfolge verzeichnen; ihre praktische Politik führte jedoch dazu, daß die 1917 mit der USPD-Gründung begonnene, durch die Bildung der KPD um die Jahreswende 1918/19 verfestigte Spaltung immer mehr vertieft wurde. Der Antikommunismus der SPD wurde in der Novemberrevolution geboren, ebenso der Haß der Kommunisten auf die Sozialdemokratie. Die Politik der SPD als Regierungspartei in den ersten Jahren der Weimarer Republik bereitete den Boden, auf dem die Sozialfaschismustheorie der KPD gedeihen konnte.

Die Demokratiefeindlichkeit des Bürgertums und die Spaltung der Arbeiterklasse waren die Voraussetzungen dafür, daß der Faschismus in Deutschland siegen konnte. Voraussetzungen also, die schon in der Novemberrevolution geschaffen wurden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Sozialdemokratie sich an die Revolution nur mit gemischten Gefühlen erinnert. Nach 1933 konnte man sogar bei rechten Sozialdemokraten die Meinung hören, man habe 1918 einiges falsch gemacht. Eine stärkere Beschneidung der Grundlagen bürgerlicher Macht hätte womöglich den Sieg des Faschismus verhindert. Diese Einsicht ging nach dem Zweiten Weltkrieg in der Konfrontation des Kalten Krieges wieder verloren. Nun herrschte eindeutig die Alternative „Freiheit oder Bolschewismus“ vor, der Blockgegensatz der 50er Jahre wurde in das Jahr 1918 zurückprojiziert. Dennoch blieb die Novemberrevolution ein Stachel. Ich halte es nicht für zufällig, daß es sozialdemokratisch orientierte Historiker wie Kolb, v. Oertzen, Rürup, Lösche u.a. waren, die in den 60er Jahren die Frage wieder aufwarfen, ob es 1918 nicht auch andere Alternativen gegeben habe als die, die Ebert und Scheidemann gesehen haben. Sie kamen – mehr oder minder prononciert – zu der Ansicht, 1918/19 hätte eine realistische Chance für einen „dritten Weg“ zwischen Bolschewismus und bürgerlicher Demokratie bestanden. Es sei deshalb Aufgabe der Sozialdemokratie, ihr Verhältnis zur Novemberrevolution kritisch zu überdenken.

Die Novemberrevolution war nicht nur die Genesis der Weimarer Republik, in ihr wurde auch der deutsche *Kommunismus* geboren. Um die Jahreswende 1918/19 trennte sich der Spartakusbund von der USPD und gründete zusammen mit einer Reihe außerhalb der Sozialdemokratie stehenden Linksradikalen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Hoffnungen, die die Kommunisten auf die Revolution setzten, erfüllten sich nicht, im Gegenteil: Schon am 15. Januar 1919 wurden ihre hervorragendsten Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet. Die Partei war zerrissen zwischen einer linksradikalen Mehrheit, die glaubte, die sozialistische Revolution würde in kurzer Zeit zum Siege zu führen sein, wenn man nur entschlossen genug den revolutionären Prozeß vorantreibe, und einer Minderheit, zu der auch Rosa Luxemburg gehörte, die die Situation skeptischer einschätzte. Mochten sich die Massen in revolutionären Situationen auch erheblich schneller radikalisieren als in „normalen“ Zeiten, so schritt der Lernprozeß in der Novemberrevolution nicht so schnell voran, daß er den Sieg der Konterrevolution hätte verhindern können. Nach dem Tode von Luxemburg und Liebknecht säuberte Paul Levi die linke Mehrheit aus der Partei heraus. Sie stand nicht nur seiner Politik der Beteiligung am Parlament im Wege, sondern hinderte die KPD auch an der Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD. Durch diese Fusion wurde die KPD zu der Massenpartei, die sie die gesamte Weimarer Republik über blieb.

Die Novemberrevolution hatte für die deutschen Kommunisten eine doppelte Bedeutung. In ihr klärten sich die Fronten zwischen sozialdemokratischem Reformismus und revolutionärem Kommunismus, und sie war zugleich der erste Versuch einer sozialistischen Revolution in Deutschland. In diesem Sinne wurde die Revolution auch in dem umfangreichen Werk gedeutet, das die KPD 1929 herausbrachte, die „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“. Diese Interpretation blieb jedoch nach 1945 nicht bestehen. Die SED, die sich als legitime Nachfolgerin der KPD begreift, räumte zwar der Novemberrevolution in ihrer Parteigeschichte einen hervorragenden Platz ein und sorgte auf diese Weise dafür, daß wenigstens in einem Teil Deutschlands die Erinnerung an revolutionäre Traditionen des deutschen Volkes lebendig blieb, unternahm aber zugleich eine neue Charakterisierung der Revolution: Zum 40. Jahrestag der Revolution 1958 entbrannte unter den Historikern in der DDR eine heftige Debatte über die Frage, wie denn die Revolution zu charakterisieren sei. In dieser Diskussion setzte sich die Auffassung durch, bei der Novemberrevolution habe es sich nicht um eine sozialistische, sondern um eine bürgerliche Revolution gehandelt, die teilweise mit proletarischen Mitteln durchgeführt wurde.

Auf den ersten Blick scheint es sich bei dieser Debatte um Haarspaltereien zu handeln. Wenn man vom Ergebnis der Revolution ausgeht, war sie in der Tat nicht mehr als eine bürgerliche Revolution; nimmt man die Ziele der Revolutionäre zum Maßstab, war sie eine gescheiterte sozialistische Revolution. Hinter der Debatte verbirgt sich jedoch mehr als nur eine Frage des Aspekts. Dies wird klar, wenn man zwei weitere Interpretationsmerkmale der ostdeutschen Historiker berücksichtigt. Sie unterstreichen zum einen den überragenden Einfluß, den die

russische Oktoberrevolution auf die deutsche Bewegung ausgeübt habe und stellen zweitens die Gründung der Kommunistischen Partei als das zentrale Ereignis der Novemberrevolution heraus. Diese Kommunistische Partei sei allerdings noch mit Kinderkrankheiten behaftet gewesen, worunter nicht nur der Linksradikalismus der Mehrheit der Gründungsmitglieder verstanden wird, sondern auch das, was in der Mitte der zwanziger Jahre unter dem Sammelbegriff „Luxemburgismus“ zusammengefaßt wurde. Da nach marxistisch-leninistischer Auffassung eine proletarische Revolution nur erfolgreich sein kann, wenn sie unter Führung einer kommunistischen Partei steht, und diese Partei ihre Aufgabe nur dann vollkommen erfüllen kann, wenn sie sich die Lehren des Marxismus-Leninismus zu eigen macht, ist eigentlich von vornherein klar, daß die Revolution in Deutschland nur scheitern konnte. Ironischerweise, oder je nach Standpunkt tragischerweise, setzte sich die Bolschewisierung der KPD in Deutschland erst nach Abschluß der revolutionären Phase der Weimarer Republik durch, also nach 1923, so daß die Frage, ob eine Partei „Leninschen Typs“ aus der Revolution mehr hätte machen können, zumindest empirisch nicht entscheidbar ist.

Es ist unbestreitbar, daß die russische Revolution, und zwar sowohl die Februarrevolution wie auch die Oktoberrevolution, einen spürbaren Einfluß auf die revolutionäre Bewegung in Deutschland gehabt hat. Durch diese Revolutionen wurde gezeigt, daß man sich aus eigener Kraft eines autokratischen Regimes entledigen (Februarrevolution) sowie den Austritt aus dem Kriege und eine soziale Umwandlung erzwingen konnte (Oktoberrevolution). Das russische Beispiel hat aber nur beflügelnd, die vorhandenen Tendenzen verstärkend gewirkt, nicht jedoch initiierend. Jede darüber hinausgehende Interpretation setzt sich dem Verdacht idealistischer Geschichtsschreibung aus, als ob der Import von Ideen der entscheidende Hebel für soziale Entwicklungen wäre.

Die Novemberrevolution wird in der ostdeutschen Geschichtsschreibung immer an der Oktoberrevolution gemessen, und bei diesem Vergleich kann sie sich natürlich nur wie der Mond zur Sonne verhalten. Durch das Herausstellen der Schwäche der KPD als der zentralen Ursache für das Scheitern der Revolution wird zugleich von den wirklichen Problemen abgelenkt, mit denen auch eine hundertprozentig korrekte „Partei neuen Typs“ aller Wahrscheinlichkeit nach nicht fertig geworden wäre.

Zunächst einmal ist trotz aller äußerlicher Analogie im Ablauf der deutschen und russischen Revolution (Fürst Lwow = Prinz Max von Baden, Kerenski = Ebert, Lenin = Liebknecht) der qualitative Unterschied der Entwicklungen in Rußland und Deutschland festzuhalten. So kompliziert die sozioökonomische Situation in Rußland auch war, machtpolitisch hatten Adel und Bürgertum dem Bündnis von Arbeitern und Bauern nichts entgegensetzen. Zwar hatte die russische Bourgeoisie nach

der Revolution von 1905 ebenso wie die deutsche nach 1848 einen Klassenkompromiß mit dem Adel gesucht. Die während der Revolution gemachten Zugeständnisse (u.a. Einführung eines Parlamentes) wurden jedoch bald wieder zurückgenommen. Die Landreform, die einen kräftigen bäuerlichen Mittelstand schaffen sollte, konnte sich nicht auswirken, weil der Kriegsausbruch 1914 weitere soziale Entwicklungen in Richtung einer lebensfähigen bürgerlichen Gesellschaft abschchnitt. Der Krieg trieb im Gegenteil die vorhandenen Widersprüche auf die Spitze, so daß die revolutionäre Lösung geradezu erzwungen wurde. Angesichts dieser Situation hatte die menschowistische Fraktion der russischen Sozialdemokratie gar nicht die Chance, eine der SPD vergleichbare Rolle zu spielen. Eine reformistische Position konnte sich nicht entfalten, und zugleich verhinderte die dogmatische Einstellung der Menschewiki, nach der in Rußland erst die bürgerliche Revolution „auf der Tagesordnung“ stand, eine adäquate Reaktion auf die kombinierten Bedürfnisse von Arbeitern und Bauern. Den Bolschewiki war es daher möglich, in der Zeit von Juli bis Oktober 1917 die Mehrheit der Arbeiter in den Industriezentren hinter sich zu bringen. Indem sie gleichzeitig die Landfrage im Sinne der landlosen Bauern lösten, konnten sie nicht nur der Revolution zum Siege verhelfen, sondern auch den anschließenden Bürgerkrieg gewinnen. Die siegreiche Oktoberrevolution beruhte auf dem Bündnis zweier Klassen. Daß dieses Bündnis für eine weitere sozialistische Perspektive ungeheure Probleme in sich barg, hatte schon Rosa Luxemburg gesehen, kann uns aber hier nicht weiter beschäftigen.

Die deutsche Revolution entstand zwar, wie die russische, aus einer „Friedensbewegung“, die weit über den proletarischen Kern hinausreichte. Nach Beendigung des Krieges aber entwickelte sich die Revolution sehr schnell zu einer Konfrontation zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Dabei erwies sich, daß die deutsche Bourgeoisie nicht nur organisatorisch und politisch sehr viel stärker war als die russische, sondern daß auch die Differenzen in der Arbeiterklasse selbst ganz anders waren. Abgesehen von dem historisch gewachsenen reformistischen Bewußtsein in der SPD, das den Linken in der Partei einen viel größeren Widerstand entgegensetzte, als es die Menschewiki gegenüber Lenins Anhängern vermochten, und das die Radikalen, wären sie Lenins Rat gefolgt und hätten sich schon vor 1914 von der SPD abgespalten, zu einem Sektendasein verurteilt hätte, spielten die Gewerkschaften in Deutschland eine ganz andere Rolle als in Rußland. Die Gewerkschaften wurden in Rußland erst nach der Revolution von 1905 als legale Interessenvertreter der Arbeiter zugelassen. Man kann sagen, daß die Rätebewegung von 1905 die Gewerkschaften erkämpft hat. Rätetradition und junge Gewerkschaftsbewegung ergaben in Rußland 1917 eine ganz andere Konstellation als 1918 in Deutschland, als eine in der Revolution geborene Rätebewegung sofort auf den Widerstand einer mächtigen Gewerkschafts-

organisation stieß, in der die Abneigung gegen „revolutionäre Experimente“ noch weit tiefer verankert war als in der Führung der Sozialdemokratie.

Die Führungen von SPD und Gewerkschaften strebten in Deutschland einen Interklassenkonsens an, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, ihre Reformvorhaben auf legalem, d.h. in ihrem Verständnis parlamentarisch-demokratischem Wege durchführen zu können. Auf diese Weise rekonsolidierten sie die Stellung der Bourgeoisie und nahmen auch in Kauf, daß die Spitze des reaktionären Militärapparates intakt blieb. Die Politik von SPD und Gewerkschaftsführung ist für den heutigen Historiker durchschaubar, für den Zeitgenossen bedurfte es dagegen erst bitterer Erfahrungen. Denn nach außen trat die SPD durchaus revolutionär auf: Sie bildete zusammen mit der USPD den Rat der Volksbeauftragten, ein zweifellos revolutionärer Akt, der mit streng legalistischem Denken nicht vereinbar war. Daß die SPD „in die Revolution eintrat“, wie sie schon im Januar 1918 in die Leitung des Massenstreiks eingetreten war, nämlich um – in ihrem Sinne – „Schlimmeres zu verhüten“, war nicht von vornherein klar, noch viel weniger die Kontakte zur konterrevolutionären Obersten Heeresleitung, die Ebert aus gutem Grund geheimhielt. Die SPD verschaffte dem Bürgertum die notwendige Atempause, um sich von dem Schock des 9. November zu erholen. Rekonsolidierung der Bourgeoisie und Radikalisierung der Arbeiterklasse liefen parallel, doch erwies sich bei diesem Wettlauf, daß die Bourgeoisie einen immer größeren Vorsprung gewann, weil sie nicht nur ihr Selbstbewußtsein wiedererlangte, sondern von Ebert und Noske den militärischen Repressionsapparat in Form von Freikorps und neuer Reichswehr in die Hand gedrückt bekam, der ihr im November 1918 gefehlt hatte.

Man kann dem Spartakusbund und der späteren KPD nicht den Vorwurf machen, vor dieser Entwicklung nicht eindringlich gewarnt zu haben. Es ist auch nicht anzunehmen, daß eine Kaderpartei leninistischen Typs (die Spartakusbund/KPD in der Tat nicht waren) größeren Erfolg gehabt hätte. Man kann sich schließlich auch nicht damit behelfen, das ganze Problem auf eine „spezifisch deutsche Unfähigkeit zur Revolution“ zurückzuführen. Denn die Probleme, mit denen sich die deutsche Arbeiterklasse nach 1918 herumschlug, sind typisch für entwickelte kapitalistische Länder mit einer starken, traditionsbewußten Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zu 1848 holte Deutschland 1918 nicht eine Revolution nach, die andere Länder schon längst hinter sich gebracht hatten. Das Defizit der 48er Revolution, die Durchsetzung des bürgerlichen Parlamentarismus, war schon im November 1918 beseitigt. Was folgte, war die Auseinandersetzung um die soziale Gestalt des künftigen Deutschlands. Bei dieser Auseinandersetzung war das Hauptproblem der sich verselbständigende Reformismus. In nichtrevolutionären Zeiten ist Reformismus unvermeidbar. Man kann schlecht einen Arbeitsvertrag ab-

schließen und statt einer vereinbarten Leistung die Abschaffung des Lohnsystems in Aussicht stellen. Statt sich an der Revolution zu erquicken, würde man bald am Hungertuche nagen. Politische Gruppen, die den permanenten Revolutionarismus predigen, sind zum Sektendasein verurteilt und sind meist schon verschwunden, wenn die kapitalistischen Krisen sich einmal zu revolutionären Situationen verdichten sollten.

Andererseits zeigt die Erfahrung von 1918, daß der Reformismus nicht einfach abgelegt werden kann, wenn sich die Chance zu einer grundlegenden Neugestaltung der Gesellschaft bietet. Den politischen Eliten der Arbeiterbewegung ist der Reformismus so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie in der Revolution keine Chance zur schnelleren Realisierung ihrer Ziele sehen, sondern eine Bedrohung für ihre reformistische Konzeption. Da Reformismus in der Regel als Stellvertreterpolitik betrieben wird, weil die Reformen in den Institutionen des bürgerlichen Staates durchgesetzt werden müssen, entfaltet die Mitglieberschaft in Partei und Gewerkschaft in der Regel nicht mehr Aktivitäten, als ihre Repräsentanten zu wählen und zu bestätigen.

Die Arbeitervertreter im Parlament, in der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie entwickeln mit der Zeit eine Sachverständigenmentalität, die verbunden ist mit einer entsprechenden Geringschätzung der „Inkompetenz“ der Massen. Geraten diese Massen nun selbst in Bewegung, beginnen sie eigene Forderungen aufzustellen und verlangen sie unmittelbare und radikale Änderungen, dann erscheinen diese Aktionen den altgedienten Funktionären als unverantwortlicher Utopismus, der ins Chaos führen muß. Für die reformistischen Arbeiterführer liegt es daher im „objektiven Interesse“ der Arbeiterklasse selbst, wenn man diesen Umtrieben ein Ende setzt, notfalls auch mit Gewalt.

Der Reformismus ist jedoch, wie schon erwähnt, nicht nur ein Problem der Arbeiterführer, sondern auch der Massen. Schließlich sind die Legien, Ebert, Scheidemann usw. nicht undemokratisch in ihre Gewerkschafts- bzw. Parteiämter gekommen, und die nicht zu leugnenden Erfolge reformistischer Politik begründen ein gewisses Vertrauen in die delegierten „Stellvertreter“. Die Fetischisierung des Sachverständigen ist ja nicht nur eine Ideologie der Funktionäre zur Verschleierung ihrer Herrschaftspositionen, sondern wird auch von den Mitgliedern geteilt, die hoffen, daß gerade der Sachverständige der von ihnen in bestimmte Funktionen Delegierten das für sie Beste herausholen wird.

Der Konflikt bricht aus, wenn die Interpretation des Massenwillens durch die Partei- und Gewerkschaftsführer von den Massen selbst nicht mehr widerspruchlos hingenommen wird. Allerdings erscheint der Konflikt nicht sofort in voller Klarheit und Schärfe. Es sind zunächst Minderheiten, die protestieren, während die Mehrheit noch der „altbewährten Taktik“ folgen will. Es ist also nicht so sehr ein Konflikt zwischen Massen und Führung — wenn es so wäre, würde die Führung in aller Kür-

zester Zeit hinweggefegt werden —, sondern ein Konflikt in der Klasse selbst.

Die Novemberrevolution zeigt die Entwicklung eines solchen Konfliktes sehr anschaulich. Die Revolution war zu Beginn sicherlich eine sozialdemokratische, aber sie ist es nicht geblieben. Sie entwickelte Zielvorstellungen und Realisierungsansätze, die weit über das hinausgingen, was für den sozialdemokratischen Reformismus noch tolerierbar war. Die Charakterisierung der Revolution als bürgerlich-demokratisch vernachlässigt diese Ansätze; der Vergleich mit der Oktoberrevolution unterschlägt die Probleme einer Revolution in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land und verpflichtet zugleich auf ein bestimmtes Sozialismusbild, von dem sich die westeuropäischen Kommunistischen Parteien erst heute mühsam zu lösen beginnen.

Trotz eines beachtlichen Aufwandes an historischer Forschung erweist sich auch in der Geschichtswissenschaft der DDR das Bild von der Novemberrevolution als zwielichtig. Die Novemberrevolution ist ein schwieriges historisches Erbe. Weniger, weil sie den Vergleich mit der Oktoberrevolution nicht aushalten würde, sondern weil sie auch für die DDR eine unvollendete Revolution geblieben ist. Zwar wird behauptet, in der DDR sei das Vermächtnis der Revolution von 1918 erfüllt, aber dies kann allenfalls in dem rein formalen Sinne gelten, daß die DDR sich sozialistisch nennt und behauptet, dies sei der Sozialismus, der 1918/19 angestrebt wurde. Die konkreten Entstehungsbedingungen der DDR und die daraus resultierenden Probleme für den „Sozialismus in einem halbten Land“ (Staritz) gehorchten Gesetzen, die man kaum als Wiederaufnehmen des Weges bezeichnen kann, auf dem die Novemberrevolution stehengeblieben ist.

II.

Es war bisher von Klassen und Parteien die Rede, die der Revolution entweder feindlich (Bürgertum) oder zwiespältig (Sozialdemokratie) gegenüberstanden oder in ihr nur eine minoritäre Rolle spielten (Spartakus/KPD). Wer war aber der Träger der Revolution? Die Revolution von 1918 war nicht Sache einer Partei, dennoch gab es eine, die man mit Recht als „Partei der Revolution“ bezeichnen kann, die USPD. Sie war es nicht in dem Sinne, daß sie die Revolution geplant und dann „gemacht“ hätte, sondern sie war die Partei, in der sich die Entwicklung der revolutionären Bewegung am klarsten widerspiegelte. Schon die „Lebensdaten“ dieser Partei stimmen verblüffend mit denen der Revolution überein. 1917 aus Protest gegen die Kriegspolitik der nunmehr Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) genannten Mutterpartei gegründet, wurde sie sehr schnell zum Sammelbecken der oppositionellen Strömungen in der Sozialdemokratie. In ihr organisierten sich Traditionalisten wie Kautsky,

die zur Vorkriegssozialdemokratie zurück wollten, aber auch die Revolutionäre des Spartakusbundes. Nach dem 9. November sah es für eine kurze Zeit so aus, als ließe sich die Einheit der Sozialdemokratie wiederherstellen, da der eigentliche Spaltungsgrund, die Kriegspolitik der Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion, weggefallen war. Obwohl die Einheitsparole anfänglich sehr populär war, scheiterte sie an Eberts konterrevolutionärer Politik, die es den an sich nicht abgeneigten USPD-Führern unmöglich machte, das Bündnis mit der SPD, das sie mit der paritätischen Bildung des Rates der Volksbeauftragten eingegangen waren, aufrechtzuerhalten, geschweige denn eine Fusion mit der MSPD anzustreben. Ende Dezember 1918 schieden die USPD-Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, Haase, Dittmann und Barth, aus dem RdV aus. Die USPD wurde voll von der revolutionären Dynamik erfaßt. Obwohl sich der Spartakusbund von der Partei trennte und die KPD ins Leben rief, strömten die revolutionären Massen in die USPD. Innerhalb von zwei Jahren, von 1918 bis 1920, stieg die Mitgliederzahl der USPD von 100.000 auf knapp 900.000. Es versteht sich von selbst, daß durch diesen enormen Wachstumsprozeß sich auch der Charakter der USPD ändern mußte. Die von Kautsky repräsentierte traditionalistische Linie trat in den Hintergrund; die Partei wurde zum Diskussionsforum für die zentralen Probleme der Revolution: Sozialisierung und Räte. In dem Maße, wie die Konterrevolution an Boden gewann, radikalisierte sich die USPD. 1920 war sie eine revolutionäre Massenpartei, die bei den Reichstagswahlen im Juni mit der MSPD fast gleichzog (18,0% zu 21,6%; bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 war das Verhältnis noch 7,6% zu 37,9% gewesen).

An dem Problem des Internationalismus, das für die Gründung der USPD konstituierend war, zerbrach sie auch wieder. 1917 hatte die USPD die Fahne des Internationalismus gegen den Chauvinismus großer Teile der SPD-Führung hochgehalten. Sie war die einzige Partei gewesen, die den Mut hatte, den Raubfrieden von Brest-Litowsk abzulehnen, in dem der deutsche Imperialismus das vorexerzierte, was er zwei Jahre später in Versailles bejammerte. Jetzt stand die USPD vor der Frage, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen, die 1919 in Moskau gegründet worden war, oder mit anderen links-sozialdemokratischen Parteien des Westens eine neue Internationale zu schaffen, die die russische Revolution zwar unterstützen sollte, aber für die Revolution in den westeuropäischen Ländern eigene Wege gehen wollte. Die zweite Möglichkeit zerschlug sich jedoch, weil ein solcher westeuropäischer revolutionärer Block nicht zustandezubringen war. Die Frage reduzierte sich auf die Alternative: Beitritt zur Komintern oder nicht.

Der Beitritt zur „III. Internationale“ implizierte die Annahme der „21 Bedingungen“, die der II. Kominternkongreß 1920 beschlossen hatte, um den Einfluß opportunistischer und zentristischer Strömungen in

der neuen Internationale von vornherein auszuschalten, Demzufolge dürfte es in jedem Land nur eine Kommunistische Partei (= Sektion der Komintern) geben, und zentristische Führer – namentlich genannt wurden Kautsky und Hilferding – sollten ausgeschlossen werden. Die Diskussion über den Beitritt zur III. Internationale war somit zugleich auch eine Entscheidung über eine mögliche Parteispaltung, da der rechte Flügel der USPD weder die Ausschaltung seiner Führer noch eine Fusion mit der KPD akzeptieren wollte. Die Fronten verliefen jedoch keineswegs nur zwischen „rechts“ und „links“. Auch viele USPD-Politiker des linken Flügels waren von dem zentralistischen Kominternmodell wenig angetan und fürchteten um die Autonomie der Partei.

Nach einer ausgedehnten und heftig geführten Diskussion siegte der 1920 noch ungebrochene revolutionäre Elan über rechten Widerstand und linke Bedenken. Auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920 entschied sich die Mehrheit der Delegierten für einen Beitritt zur Komintern und besiegelte damit die Spaltung der Partei. Die USPD-Mehrheit fusionierte im Dezember 1920 mit der KPD, die Minderheit arbeitete noch zwei Jahre als USPD weiter und schloß sich dann wieder der SPD an. Georg Ledebour und Theodor Liebknecht (Bruder Karl Liebknechts) führten danach einen winzigen Rest als USPD weiter, der aber aus dem Stadium einer politischen Sekte nicht mehr herauskam.

Die Geschichte der USPD wurde noch mehr verdrängt als die der Revolution. Sozialdemokraten und Kommunisten interessierten sich nur für das Erbe, das sie brüderlich teilten. Jeder bekam etwa ein Drittel. Es muß auffallen, daß immerhin rd. 300.000 USPD-Mitglieder sich weder den Sozialdemokraten noch den Kommunisten anschließen mochten. Dieses Drittel repräsentierte möglicherweise eine Strömung der deutschen Revolution, die sich weder von der sozialdemokratischen noch von der parteikommunistischen Geschichtsschreibung ohne Schwierigkeiten vereinnahmen läßt. Dabei ist weniger an die Konstruktion eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus gedacht, als an strategische Vorstellungen, die heute wieder an Relevanz gewinnen. In den zwanziger Jahren konnten sie sich nicht durchsetzen, weil bestimmte historische Erfahrungen noch fehlten.

Diese Position könnte man als demokratischen revolutionären Internationalismus bezeichnen. Demokratisch insofern, als das Prinzip der Kaderpartei abgelehnt wird, die Streitfragen vielmehr in einer breiten innerparteilichen Diskussion ausgetragen werden. Demokratisch auch, weil die Unterordnung unter ein revolutionäres Zentrum verworfen wird, weil jede revolutionäre Taktik von den spezifischen nationalen Bedingungen ausgehen muß, wenn sie erfolgreich sein will. Revolutionär und zugleich demokratisch ist diese Position, weil sie keine Reform, sondern eine Abschaffung des Kapitalismus und seine Ersetzung durch eine sozialistische Rätedemokratie will. Internationalistisch ist sie

schließlich, weil sie an der Einsicht festhält, daß die Auseinandersetzung zwischen dem transnational organisierten Kapital und den Arbeiterklassen der einzelnen Länder ausgefochten werden muß, daß also einerseits die nationalen Bedingungen berücksichtigt werden müssen, andererseits aber die Perspektive nicht national borniert sein darf.

III.

Wenn ein Ereignis verdrängt oder nur selektiv wahrgenommen wird, dann sagt das einiges über den Rezipienten, jedoch noch nichts über das Ereignis selbst aus. Was die Novemberrevolution betrifft, sind wir in der glücklichen Lage, ein Werk zu besitzen, das man nicht nur als Korrektur oder Ergänzung zu neueren Arbeiten zur Revolution in Deutschland lesen kann, sondern das selbst zu dem Besten gehört, was über das Thema bislang geschrieben worden ist. Richard Müllers dreibändige Chronik der Revolution in Deutschland vereinigt Vorzüge, die man selten zusammen vereint findet. Müller war nicht nur kritischer Zeitgenosse und Beobachter der Revolution, sondern selbst Aktivist, der versucht hat, an zentraler Stelle (z.B. im Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte) das Schicksal der Revolution mitzubestimmen. Dabei war er weniger Parteipolitiker (er gehörte der USPD an) als vielmehr Gewerkschafter und revolutionärer Vertrauensmann. Er stand daher den Bewegungen an der Basis sehr viel näher, und seine Einschätzungen sind viel realistischer als die des Parteipolitikers Curt Geyer, der ebenso wie Müller zum linken Flügel der USPD gehörte und dessen Memoiren jüngst erschienen sind. Aber während Geyers Memoiren von Exaltationen und Selbstrechtfertigungen nur so strotzen, sind Müllers Bücher völlig frei von Eitelkeit. Es geht ihm nicht um die Darstellung seiner Rolle, sondern um eine kritische (und das heißt hier auch: selbstkritische) Chronik der Revolution. Diese Chronik ist eine parteiliche Darstellung, eine der wenigen, die tatsächlich vom „Arbeiterstandpunkt“ aus geschrieben worden sind. Bekanntlich haben die Intellektuellen mit der Parteilichkeit Schwierigkeiten. Sie können sich nicht einfach „auf den Standpunkt des Proletariats stellen“, ohne sich die Frage gefallen lassen zu müssen, wie sie auf ihn gekommen sind und ohne permanent dem Verdacht ausgesetzt zu sein, sie unterschöben dem Proletariat nur ihre eigene Position. Da die linken, in der Regel aus bürgerlichem Milieu stammenden Historiker keinen unmittelbaren Zugang zur proletarischen Lebenswelt haben, können sie sich ihr nur wissenschaftlich nähern. Dabei kann die Parteilichkeit, will sie nicht nur subjektives Meinen bleiben, sondern objektive Gültigkeit beanspruchen, nicht dezisionistisch vorausgesetzt werden, sondern muß Ergebnis des Wissenschaftsprozesses sein. Parteilichkeit ist dann nicht mehr eine Frage des „Standpunktes“, sondern objektiv begründbar.

Richard Müllers Parteilichkeit vollzieht sich auf dem entgegengesetzten Weg. Er erschließt sich nicht über die Wissenschaft die proletarische Lebenswelt, sondern von der proletarischen Lebenswelt die Wissenschaft. Geboren 1880, von Beruf Metallarbeiter, Funktionär im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), wurde er 1914 zum Sprecher der Dreher-Branche gewählt und bald zum führenden Organisator revolutionärer Gewerkschaftler im Ersten Weltkrieg, und zwar der „Revolutionären Obleute“. Von November 1918 bis zum August 1919 war er Vorsitzender des Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Er war einer der aktivsten Theoretiker und Propagandisten des Räte-systems, das er allerdings ebensowenig durchsetzen konnte wie seine Sozialisierungsvorstellungen auf dem Gewerkschaftskongreß 1919. Bis Juni 1920 war er Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ in Stuttgart. Im Oktober/Dezember 1920 ging er mit dem linken Flügel der USPD zur KPD. Auf Grund seiner Kritik an der Märzaktion der KPD 1921 und der Moskauer Gewerkschaftspolitik wurde er jedoch schon 1922 aus der Partei wieder ausgeschlossen. Er schloß sich daraufhin der von dem ebenfalls aus der KPD ausgeschlossenen Paul Levi gegründeten „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ (KAG) an. Nach Auflösung der KAG — ein großer Teil der Mitglieder ging in die SPD, in der sie den linken Flügel stärken wollten — war er in KPD-nahen Verlagen tätig. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Für Richard Müller war der Marxismus ein Mittel, die erlebte Wirklichkeit besser zu verstehen und Perspektiven für weiteres Handeln zu gewinnen. Er hatte nie das Problem, die „Richtigkeit“ der Theorie beweisen zu müssen und war auch deswegen nie in der Versuchung, die Wirklichkeit zu manipulieren und zu schönen, damit sie besser ins theoretische Konzept passe. Müllers Darstellung besitzt daher einen hohen Grad an historischer Glaubwürdigkeit. Dies wird dadurch unterstrichen, daß die akademische Forschung ihm nicht nur, trotz der Aversion, die seine „linksradikale Gesinnung“ bei den meisten bürgerlichen Historikern hervorruft, keine sachlichen Fehler nachweisen konnte, sondern darüber hinaus auch noch 50 Jahre brauchte, um zu den Fragestellungen vorzustoßen, die Müller in seinen Büchern aufwirft.

IV.

Im ersten Band beschreibt Richard Müller die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg. Er zeigt, wie nach dem Schock des 4. August 1914, als die Reichstagsfraktion der SPD den Kriegskrediten zustimmte, sich die Opposition langsam sammelte und in dem Maße stärker wurde, wie die Alltäglichkeit des Krieges die nationalistische Euphorie der Augusstage verblassen ließ. Da er den Schwerpunkt auf die Entwicklung der „revolutionären Arbeiterbewegung“ legt,

vernachlässigt er ein wenig die Reaktion des reformistischen Teils auf den Krieg. Man muß aber versuchen, die Auswirkungen des Krieges auf die Arbeiterklasse insgesamt zu erfassen; denn nur so werden die Entwicklungen in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik verständlich.

Die Arbeiterklasse war am Ende des Krieges soziologisch nicht mehr dieselbe wie an dessen Anfang. Die zur Front eingezogenen Arbeiter mußten ersetzt werden, der Anteil an Un- und Angelernten sowie an Frauen im Produktionsprozeß nahm sprunghaft zu. Zugleich bewirkte die Kriegsproduktion eine Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Die Versorgung der Front mit Waffen, Munition, Ausrüstungsgütern usw. konnte nur durch Massenproduktion sichergestellt werden. Also veranlaßten die zivilen und militärischen staatlichen Stellen, daß kleinere Betriebe zu größeren zusammengefaßt oder zugunsten größerer Produktionsstätten geschlossen wurden. Neue, gigantische Produktionsanlagen wurden geschaffen, wie 1916 die Leuna-Werke. Die neu benötigten Arbeitskräfte konnten nicht aus dem alten Facharbeiterstamm rekrutiert werden. Dies war angesichts der Dequalifikation der Arbeitskraft durch die Verfahren der Massenproduktion auch nicht erforderlich.

Die der kapitalistischen Produktion immanente Tendenz zur Konzentration des Kapitals und die damit einhergehende Dequalifizierung der Arbeitskraft wurde durch den Krieg stark beschleunigt. Es entstand eine neue Arbeiterschicht, die mit dem gewerkschaftlich organisierten sozialdemokratischen Facharbeiter der Vorkriegszeit wenig gemeinsam zu haben schien.

Partei und Gewerkschaften betrachteten diese zumeist unorganisierten Arbeiter mit Mißtrauen. Dieses Mißtrauen hatte Tradition. 1910 hatte Kautsky in der „Neuen Zeit“ eine Diskussion über die „Aktion der Masse“ begonnen, in der er die Meinung vertrat, die gewerkschaftlich und parteimäßig nicht organisierten Arbeiter seien höchst unsichere Kantonisten. Sie könnten Speerspitze der Revolution, aber genauso gut Hilfstruppen der Konterrevolution sein, mit einem Wort, sie seien unberechenbar.

Nun war Kautskys Polemik eindeutig von Furcht bestimmt, nämlich von der Furcht, daß die „Instanzenpolitik“ bei unorganisierten Arbeitern erfolglos sein würde, weil diese nicht an die „proletarische Disziplin“ gewöhnt seien. Kautsky irrte sich jedoch, wenn er glaubte, der organisierte Facharbeiter würde sich immer vor den sozialdemokratischen Karren spannen lassen. Gerade der Radikalismus des Facharbeiters ist Richard Müllers Thema, und sein Buch sei deshalb gerade denjenigen empfohlen, die sich vom Mythos der „anderen Arbeiterbewegung“, der „eigentlich“ revolutionären Bewegung des „Massenarbeiters“, haben einfangen lassen.

Ich bin auf die Entstehung neuer Arbeiterschichten auch deswegen eingegangen, weil diese Schicht der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und in den Kämpfen bis 1923 eine wichtige Rolle gespielt hat. Bislang war immer von Parteien und Gewerkschaften die Rede; die revolutionären Massen 1918/19 waren nicht nur Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Die Erforschung dieser Massenbewegungen steht noch am Anfang und ist zudem von starken ideologischen Vorurteilen belastet. Von bürgerlicher, sozialdemokratischer und parteikommunistischer Seite werden diese Bewegungen zumeist dem „Syndikalismus“ zugeschlagen, der im allgemeinen nicht als ernstzunehmende Strömung in der Arbeiterbewegung gesehen wird, sondern als Sammelbegriff für alles, was sich den jeweiligen organisatorischen Ordnungsvorstellungen entzieht. Andererseits besteht die Gefahr, daß insbesondere radikale Intellektuelle aus ihrer Enttäuschung über das „Versagen“ der traditionellen Arbeiterbewegung dazu tendieren, das „eigentliche revolutionäre Subjekt“ außerhalb der traditionellen Arbeiterorganisationen – zu der sie auch die Kommunistischen Parteien zählen – zu suchen. Der Glorifizierung des Massenarbeiters muß die Ernüchterung und Enttäuschung zwangsläufig folgen. Man fragt sich etwas bekümmert, wem sich diese Intellektuellen dann zuwenden werden, wenn sie sich ihres letzten Identifikationsobjektes in der Arbeiterklasse beraubt sehen.

Nach diesem Exkurs über die soziologische Zusammensetzung der Arbeiterklasse wollen wir uns wieder den Gewerkschaften im Kriege zuwenden. Richard Müller gibt einige sozialpsychologische Erklärungen für das Verhalten der Gewerkschaftsführer zu Beginn des Krieges. Aber diese Erklärungen reichen nicht aus, das Verhalten der Gewerkschaften während des Krieges zu verstehen. Vor allem bleibt die Frage zu beantworten, wie es den Gewerkschaften gelingen konnte, den Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen von rd. 2,5 Millionen vor Ausbruch des Krieges auf unter 1 Million 1916 zu stoppen und im Krisenjahr 1917 sogar einen Anstieg zu verzeichnen, der nach der Novemberrevolution ein rasantes Tempo annahm und im Jahre 1919 fast 5,5 Millionen erreichte.

Die strukturverändernden Wirkungen des 1. Weltkrieges, die das gesamte Gesellschaftssystem erfaßten, waren außerordentlich tiefgreifend. Die Zentralisation des Kapitals, der zunehmende Einfluß des Staates (Kriegswirtschaft), die Wandlung der Sozialdemokratie von einer systemoppositionellen zu einer nur noch teiloppositionellen Partei wurde schon angedeutet. Ebenso einschneidende Auswirkungen zeigte der Krieg für die Stellung der Gewerkschaften.

Der Krieg wirkte als Katalysator. Schon seit Jahrzehnten angelegte immanente Trends traten nun klar an die Oberfläche. Trotzdem stellten die Gewerkschaften nach dem Kriege etwas anderes dar als vor ihm. Indem der Krieg vorhandene Entwicklungen beschleunigte, schuf er zugleich neue Qualitäten.

Die „Freien Gewerkschaften“ galten und gelten als sozialistische Gewerkschaften. Das ist nur eingeschränkt richtig. Das Beiwort „freie“ sollte sie zunächst nur abgrenzen von den christlichen und liberalen Gewerkschaften, also die nicht vorhandene Bindung an eine weltanschauliche oder politische Gruppe betonen. Als sich 1875 zugleich mit der Einnigung der beiden Sozialistischen Parteien auch ihre Gewerkschaftsverbände zusammenschlossen, wurde programmatisch formuliert:

„Es ist Pflicht der Gewerkschaftsgenossen, aus den Gewerkschaftsorganisationen die Politik fernzuhalten, dagegen sich der ‚Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands‘ anzuschließen, weil nur diese die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter zu einer menschenwürdigen zu machen vermag.“

Neben taktischen Gründen — ein „unpolitischer“ Verein vermag sich eher politischer Repression zu entziehen — war hier ganz eindeutig der Anspruch formuliert, daß eine Gewerkschaft tendenziell alle Arbeiter, ungeachtet ihres politischen Standortes, zu organisieren habe. Mit wachsender Stärke — die Mitgliederzahlen der „Freien Gewerkschaften“ stiegen von 1895 bis 1914 von rd. 260.000 auf rd. 2,5 Millionen, der Vermögensbestand von 1,6 auf 81,4 Millionen Mark — wurde der Gewerkschaftsführung die „revolutionäre“ Orientierung der Sozialdemokratie zunehmend lästig. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Carl Legien, behauptete, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder keine Revolution wolle und nicht wünsche,

„daß wir genötigt sind, auf den Trümmern der Gesellschaft Einrichtungen zu schaffen, gleichviel, ob sie besser oder schlechter sind wie die jetzigen. Wir wünschen den Zustand der ruhigen Entwicklung . . . Wir — und hinter uns steht die Mehrheit der Bevölkerung —, wir sind der Meinung, daß der eigentlich staaterhaltende Faktor die Bewegung der Sozialdemokratie ist. Hier in den Gewerkschaften wird für den Bestand des Staates viel mehr gewirkt als durch alle Handlungen der Unternehmer. Wir halten diese Arbeiterbewegung für einen eminent staaterhaltenden Faktor.“

Das Bekenntnis zum „Burgfrieden“ 1914 war also nicht nur von der Angst um die Gewerkschaftskasse diktiert worden, sondern entsprach durchaus dem tieferen Verlangen, als staaterhaltende Kraft anerkannt zu werden. Allerdings liefen die Gewerkschaften mit der Politik des „Burgfriedens“ Gefahr, sich selbst überflüssig zu machen. Indem sie auf den Streik als Mittel zur Durchsetzung von Lohnforderungen verzichteten, verleugneten sie ihren eigentlichen Existenzgrund. Ihre Unterstützungsleistungen für die Kriegerfamilien, auf die Müller durchaus anerkennend hinweist, konnten für diesen Verzicht keinen ausreichenden Ersatz schaffen. Der Mitgliederschwund war daher nicht nur dem, im Wortsinne, Ausbluten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Front geschuldet, sondern zugleich Ausdruck der mangelnden Attraktivität der Gewerkschaften.

Die Wende brachte das „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“. Diese Behauptung mag angesichts der harten Kritik, die Müller an diesem Gesetz übt, überraschen. Man muß jedoch beachten, daß Müller seine Kritik vom revolutionären Standpunkt aus vorbringt; und da ist sie völlig berechtigt. Allerdings weniger in dem Sinne, daß die Gewerkschaften bewußt einen Beitrag zur weiteren Knebelung der Arbeiter geleistet hätten, sondern weil sie sich, offensichtlich ohne sonderliche Skrupel, an der Mobilisierung menschlicher Arbeitskraft zur Fortsetzung des imperialistischen Krieges beteiligten. Untersucht man das VHDG genauer, wird man sehen, daß die Gewerkschaften ihrer Aufgabe, Arbeiterinteressen zu vertreten, nicht gänzlich untreu geworden sind. Durch ihre Intervention wurden Verbesserungen erreicht, die Staat und Unternehmer gern vermieden hätten. Der Krieg brachte sie auf ihrem reformistischen Weg einen guten Schritt vorwärts, allerdings mit, wie wir sehen werden, fatalen Folgen.

Die Ursache des Hilfsdienstgesetzes war die Fehleinschätzung des deutschen Imperialismus, der geglaubt hatte, den Krieg in kurzer Zeit entscheiden zu können und mit Stellungskrieg und Materialschlachten nicht gerechnet hatte. Um die Materialnot zu beheben, wurde ein enormes, insgesamt unrealistisches Rüstungsprogramm beschlossen, das sog. Hindenburg-Programm. Um dieses Programm durchführen zu können, sollten nach den Vorstellungen der OHL alle Arbeitskraftreserven des deutschen Reiches mobilisiert werden. Der OHL schwebte die Schaffung einer allgemeinen Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen vor, die man dann je nach kriegswirtschaftlichen Bedürfnissen wie eine Armee einsetzen konnte. Die Unternehmer, und hier v.a. die hauptsächlich betroffene Schwerindustrie, waren an einer Beseitigung der Lohnkonkurrenz interessiert. Da in der Kriegsindustrie Arbeitskräftemangel herrschte und die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt noch nicht eingeschränkt war, hatten die Arbeiter die Möglichkeit, die Konkurrenz der Unternehmer um Arbeitskräfte für sich auszunutzen. Dieser Kampf um höhere Löhne war angesichts der explosionsartig steigenden Lebenshaltungskosten auch bitter notwendig. Die oft hervorgehobene Privilegierung der Rüstungsarbeiter gilt nur gegenüber ihren Klassengenossen in den nichtkriegswichtigen Industrien, keineswegs jedoch absolut. Die Schwerindustriellen verlangten also einen Lohnstopp, wiesen aber zugleich jeden staatlichen Eingriff in die Betriebsführung zurück. Sie forderten sozusagen nur eine „halbe Militarisierung“ ihrer Betriebe.

Die Haltung der zivilen Stellen war sehr widersprüchlich. Man kann in ihr die Spuren der Klassenkompromisse von 1848 und des diesen Kompromiß ideologisch zusammenhaltenden preußischen Staatsdenkens entdecken. Gerade für die konservativ-staatlich denkenden Beamten z.B. im preußischen Kriegsministerium war es nicht einsichtig, warum die Schwerindustriellen den Anreiz des Profites brauchten, um

den kriegsnotwendigen Stahl zu liefern, während den Arbeitern das Bewußtsein genügen sollte, ihrer patriotischen Pflicht nachgekommen zu sein. Vertreter der Bourgeoisie wie der Staatssekretär des Inneren und Stellvertreter des Reichskanzlers, Helfferich, hingegen machten sich unverblümt zu Anwälten des Kapitals und wiesen sowohl staatliche Eingriffe in die Betriebspolitik als auch Konzessionen an die Arbeiter zurück. Sie konnten sich dabei auf die Repräsentanten des ostelbischen Grundbesitzes stützen, wie den preußischen Landwirtschaftsminister Schorlemer, dem die unmittelbaren Interessen der Agrarier wichtiger waren als Appelle an die preußische Staatstradition. Der Versuch Helfferichs und der OHL, ein Hilfsdienstgesetz durchzubringen, in dem zwar die Arbeitspflicht jedes männlichen, nicht beim Militär dienenden Deutschen zwischen 15 und 60 Jahren festgelegt war, nicht jedoch Rechte der Arbeiter oder konfliktregelnde Institutionen, scheiterte. Der Entwurf passierte zwar das preußische Kabinett und auch den Bundesrat, blieb aber im Haushaltsausschuß des Reichstages hängen. Dort brachten die Gewerkschaften über die SPD ihre Änderungswünsche ein. Sie konnten ein Gesetz erzwingen, das zwar an der zivilen Dienstpflicht aller männlichen 17- bis 60jährigen, nicht vom Militär eingezogenen Deutschen festhielt und damit die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt prinzipiell aufhob, in das aber eine Reihe von Bestimmungen eingearbeitet wurden, die die Arbeiter nicht ganz rechtlos lassen sollten. Zu diesen Rechten gehörte die Möglichkeit, einen „Abkehrschein“ zu verlangen, wenn man in einem anderen, ebenfalls dem VHDG unterstehenden Betrieb bessere Arbeitsbedingungen (u.a. höhere Löhne) nachweisen konnte. Mit diesem „Abkehrschein“ durfte man den Betrieb wechseln. Bei Konflikten sollte ein „Schlichtungsausschuß“ entscheiden, der unter Vorsitz eines Angehörigen des Militärs paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zusammengesetzt war. Unternehmer und Arbeiter waren ebenfalls zu gleichen Teilen in den „Feststellungsausschüssen“ vertreten, die über die Kriegswichtigkeit und den Bedarf an Arbeitern der einzelnen Betriebe entschieden, und in den „Einberufungsausschüssen“, die den Hilfsdienstpflichtigen, die sich nicht freiwillig gemeldet hatten, Arbeit zuwiesen. Außerdem sollten in allen Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten ständige Arbeiterausschüsse eingerichtet werden.

Die Gewerkschaftsführung konnte mit Recht darauf verweisen, daß es ihr gelungen war, in das Hilfsdienstgesetz — das gänzlich zu verhindern wohl kaum möglich gewesen wäre — eine Reihe von Verbesserungen einzubringen. Außerdem feierte sie die Arbeiterbeteiligung an den verschiedenen Ausschüssen als großen Einbruch in die bislang übliche Alleinherrschaft der Unternehmer in den Betrieben. Nach der Bildung des Groß-Berliner Kriegsausschusses im Februar 1915, in dem Gewerkschaften und Unternehmer paritätisch vertreten waren, und der Plazie-

zung des DMV-Funktionärs Schlicke im Kriegsamt diente das VHDG den Gewerkschaften als Mittel zu einem weiteren Durchbruch für die ihnen vor dem Kriege prinzipiell versagte Anerkennung als Vertreter der Arbeiter durch den Staat. Zwar sprach das VHDG nicht von Gewerkschaftsvertretern, sondern von Arbeitervertretern, aber die Gewerkschaftsführer hatten die Zustimmung General Groeners, daß bei der Besetzung der Ausschüsse die Vorschläge der Gewerkschaften beachtet würden. Die Gewerkschaften konnten sich auf diese Zusage verlassen, weil Groener Interesse an ihnen als Ordnungsfaktor hatte. Mit ihrer Unterstützung hoffte er, die Kriegsproduktion reibungsloser ankurbeln zu können.

An diesem Entgegenkommen der militärischen Führung wird der Funktionswandel der Gewerkschaften im Kriege deutlich. Dieser Funktionswandel ist ihnen selbst möglicherweise gar nicht recht bewußt geworden, denn die ideologische Rechtfertigung ihres Handelns hatte sich äußerlich nicht gewandelt. Wie das oben angeführte Legien-Zitat zeigt, fühlten sich die Gewerkschaften schon vor dem Kriege dem „Gemeinwohl“ verpflichtet. Es änderte sich jedoch die inhaltliche Begründung des Allgemeinwohls. Jede aufstrebende Klasse reklamiert für sich, Vertreterin des Allgemeinwohls zu sein. So wie 1789 beim Bürgertum fielen auch beim Proletariat Partikularinteresse und Allgemeinwohl zusammen. Indem sich die Gewerkschaften durch das VHDG gleichsam „verstaatlichen“ ließen, lockerten sie den ursprünglichen Zusammenhang von Klasseninteresse und „Allgemeinwohl“. Durch ihre Mitarbeit in staatlichen und halbstaatlichen Institutionen an der Effektivierung der Kriegsmaschine vertraten sie nicht nur die Interessen der Arbeiter in diesen Institutionen, sondern standen den Arbeitern zugleich als „Staat“ gegenüber. Ihr reformistischer Erfolg hatte das widersprüchliche Ergebnis, daß zum ersten Mal seit Ausbruch des Krieges die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften stiegen, weil es ja nicht schaden konnte, Mitglied einer Organisation zu sein, die in wichtigen Gremien wie „Schlichtungsausschüssen“ mitwirkte. Die Anerkennung der Gewerkschaften ermöglichte auch denjenigen den Eintritt, die bislang aus Furcht vor der offiziellen Diffamierung der Gewerkschaftsbewegung im kaiserlichen Deutschland eine Mitgliedschaft nicht gewagt hatten. Nach der Novemberrevolution, als die Gewerkschaften endgültig zum gleichberechtigten Partner des Kapitals aufstiegen, fielen diese Hemmungen vollends fort.

Andererseits entfremdeten sich die Gewerkschaften von vielen ihrer Mitglieder. Denn in dem Maße, wie die Gewerkschaftsführer in den Institutionen nun „höhere“ Interessen gegenüber den „egoistischen“ Wünschen der Arbeiter geltend machten, in zunehmendem Maße also den die Klassenwidersprüche verschleiern den Allgemeinwohlbegriff verwandten, liefen sie Gefahr, daß sich ein Teil ihrer Mitglieder der gewerkschaftlichen Kontrolle entzog. Dieser Prozeß steigerte sich gegen Ende des

Krieges zu einem unlösbaren Dilemma, als in den wichtigsten Industriezentren Deutschlands – in Berlin, in Sachsen, im Ruhrgebiet, in Schlesien – spontane Streiks ausbrachen. Groener verlangte von den Gewerkschaften, diese Streiks zu unterbinden, andernfalls sähe er die Geschäftsgrundlage als verlassen an, auf der die Gewerkschaftsvertreter überhaupt in den Genuß des paritätischen Mitwirkens gekommen seien. Andererseits konnten die Gewerkschaften nicht gänzlich darauf verzichten, die Forderungen der Streikenden zu artikulieren, wenn sie nicht über kurz oder lang ein Turm ohne Fundament werden wollten.

Die Gewerkschaftsführung versuchte in dieser Situation zu lavieren: teils disziplinierend auf die Streikenden einzuwirken, teils den Militärbehörden die Einsicht zu vermitteln, daß man die Arbeiter nur mit Zugeständnissen beruhigen könne. Zugleich setzte sie ihre im Hilfsdienstgesetz zum Ausdruck gekommene Politik fort. Sie hatte zwar durch das VHDG eine staatliche Anerkennung erhalten, aber die Unternehmer und insbesondere die Schwerindustrie waren noch, so schien es, weit davon entfernt, die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner zu akzeptieren. Dies sollte sich bald ändern. Die Kapitalisten nahmen die Massenbewegungen am Ende des Krieges viel ernster als die Gewerkschaften. Sie fürchteten eine soziale Revolution, die ihnen die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entreißen würde. Und selbst wenn es nicht zum Schlimmsten kommen sollte, bestand noch die Gefahr, daß die Intervention des Staates in die Privatwirtschaft nicht mit dem Kriege enden, sondern der „Kriegssozialismus“ auch in der Phase der Demobilisierung und des Überganges zur „Friedenswirtschaft“ fortgesetzt werden würde.

Die Gewerkschaften bekamen angesichts dieser möglichen Entwicklung auch für die Schwerindustriellen eine neue Funktion. Die Gewerkschaftsführung wurde für das Kapital bündnisfähig, nachdem sie im Kriege praktisch bewiesen hatte, wie sehr ihr die nichtrevolutionäre „ruhige Entwicklung“ am Herzen lag, und daß sie die autonomen, außerhalb der gewerkschaftlichen Disziplin sich vollziehenden Massenbewegungen ebenso, wenn auch aus anderen Gründen, fürchtete wie die Unternehmer. Gegen die schon vorhandene und zukünftig drohende Staatsintervention setzten die Unternehmer nun das Prinzip der Tarifautonomie. Um die Ansprüche des Staates mit diesem Argument abwehren zu können, mußte diese Tarifpartnerschaft allerdings erst einmal geschaffen werden. Dies geschah in dem sog. „Stinnes-Legien-Abkommen“, das im Oktober/November 1918 ausgehandelt und am 15. November unterzeichnet wurde.

Dieses Abkommen brachte den Freien Gewerkschaften die Anerkennung als Tarifpartei von seiten der Unternehmer. Zugleich verzichteten die Unternehmer auf die Unterstützung der wirtschaftsfriedlichen Vereine, der sog. „gelben Gewerkschaften“. Der Achtstundentag wurde

prinzipiell zugestanden, Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes wie die Einrichtung von Arbeiterausschüssen in Betrieben ab 50 Beschäftigten und die Bildung von paritätischen Schlichtungsausschüssen übernommen. Das ganze Vertragswerk wurde gekrönt durch die Errichtung eines Zentralausschusses zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Dieses Gremium sollte die Demobilisierung (d.h.: die Rückführung der Soldaten in Zivilberufe) sowie die Durchführung der geschlossenen Vereinbarungen sicherstellen. Der Zentralausschuß wurde in den folgenden Jahren bekannt als die „Zentralarbeitsgemeinschaft“ zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1924 ein Symbol für die Ersetzung des Klassenkampfes durch Klassenzusammenarbeit war.

Schon die Chronologie zeigt, daß den Gewerkschaften die Revolution als ein „Störfaktor“ erscheinen mußte. Das Arbeitsgemeinschaftsabkommen war die konsequente Fortsetzung der im Kriege begonnenen Politik: durch schrittweises Erringen von Mitbestimmungspositionen sollte der „Betriebsabsolutismus“ allmählich unterhöhlt und durch die „konstitutionelle Fabrik“ ersetzt werden. Die Revolution war aus dieser Sicht eine plötzliche Abkehr von diesem geraden Weg. Sie schuf neue Fakten und stellte Probleme, auf die die Gewerkschaftsführung nicht vorbereitet war.

Es ist auf den ersten Blick überraschend, daß die Gewerkschaftsführer nicht verstehen konnten, daß der „Erfolg“ des Arbeitsgemeinschaftsabkommens ohne die Revolution gar nicht zustande gekommen wäre. Denn es war ja gerade die Furcht vor der sozialen Umwälzung und die politische Schwäche in der Revolution, die einen Stinnes dazu veranlaßten, gleichsam einen Pakt mit dem Teufel zu schließen. Verglichen mit den Möglichkeiten, die die Revolution auch den Gewerkschaften bot, waren die realisierten Verhandlungsergebnisse völlig inadäquat. Es fällt schwer, für das Verhalten der Gewerkschaftsführung eine einleuchtende Erklärung zu finden.

Man könnte ihr Verhalten opportunistisch nennen, aber dieser Vorwurf trifft nicht den Kern. Eher mußte man den Gewerkschaften einen Mangel an Opportunismus vorwerfen, nämlich versäumt zu haben, die für sie günstige Situation auszunutzen. Sie hätten dies umso leichter tun können, als eine nennenswerte „kommunistische“ Bedrohung, die die Gewerkschaften als gegen sich gerichtet hätten interpretieren können, im November 1918 nicht existierte. Vorherrschend war vielmehr die Sehnsucht nach Einigkeit, wie Richard Müller im zweiten Band plastisch beschreibt. Erst das völlig unzureichende Ausnutzen der für (sozialdemokratische) Partei und Gewerkschaften unverhofft gekommenen revolutionären Situation sowie die brutale Niederschlagung jeder über den reformistischen Rahmen hinausgehenden Regung in der Arbeiterklasse schufen jene auch massenmäßig relevante linke Alternative, die

im Nachhinein als Erklärung für das vorsichtige Taktieren der Gewerkschaftsführung angeboten wird.

Die unflexible Haltung der Gewerkschaften in der Novemberrevolution kann man noch am besten erklären als Ergebnis einer durch jahrzehntelange Praxis verfestigten Gewerkschaftspolitik, die sich nicht von einem zum anderen Tag ändern ließ. Die schon im Kaiserreich zu beobachtende autoritäre Tendenz, die bei formal demokratischer Struktur die politische Initiative bei den Vorständen beließ, verstärkte sich im Krieg. Ein Gewerkschaftskongreß fand während des Krieges nicht statt, vielmehr sprachen sich Generalkommission und Vorstandskonferenz (der Einzelgewerkschaften) gegenseitig das Vertrauen aus. Urabstimmungen wurden nicht durchgeführt, und von den größeren Verbänden hielt nur der Metallarbeiterverband zweimal – 1915 und 1917 – eine Generalversammlung ab. Auf diese Weise konnte es nicht ausbleiben, daß sich die Politik der Gewerkschaftsführung zwangsläufig verselbständigte; es fehlte nicht nur die Korrektur durch die Mitglieder, sondern auch die oppositionellen Strömungen konnten sich kaum im institutionellen Rahmen Gehör verschaffen und traten deshalb als außergewerkschaftliche Massenbewegungen in Erscheinung. Eine durch mangelhafte demokratische Kontrolle sich verfestigende reformistische Strategie wurde so konfrontiert mit einer – anfangs sich dessen noch nicht bewußten – revolutionären Bewegung. Wenn, wie Richard Müller zu Beginn des 1. Bandes schreibt, die Einstellung der Gewerkschaftsfunktionäre bei Ausbruch des Krieges „die Konsequenz ihres bisherigen Wirkens“ war und zu diesem Wirken auch die Praxis gehörte, „im Namen“ der Mitglieder zu handeln, dann war die Entwicklung im Kriege nicht dazu angetan, diese Struktur aufzubrechen. Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und Räten war unausweichlich.

V.

Die Rätebewegung war ein zentrales Merkmal der deutschen Revolution 1918/19. Für die westdeutsche Revolutionsforschung war sie lange Zeit überhaupt die wesentliche Problematik: Die ausführlichsten Auseinandersetzungen mit der Novemberrevolution, die Untersuchungen von Kolb und v. Oertzen, kreisen um das Phänomen der Räte.

Richard Müller ist für diesen Komplex ein hochkompetenter Autor. Er hatte nicht nur als Vorsitzender des Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Einblick in die praktische Tätigkeit der Räte, er gehörte auch zusammen mit Ernst Däumig zu den maßgeblichen Theoretikern des „reinen“ Rätessystems.

Das „reine Rätessystem“ stellte gegenüber den vielfältigen Konzeptionen, Rätessystem und Parlamentarismus miteinander zu kombinieren, den Versuch dar, eine politische und wirtschaftliche Ordnung zu ent-

werfen, die allein auf den Räten als institutioneller Grundlage aufbaute. In Müllers Darstellung der Novemberrevolution findet man allerdings, entsprechend seinem chronologischen Ansatz, keine zusammenfassende Erörterung des Räteproblems. Müller gibt vielmehr eine Verlaufsgeschichte der Auseinandersetzung zwischen Rätebewegung und den Befürwortern des Parlamentarismus. Der Konflikt wurde schon im Dezember 1918 auf dem ersten Reichsrätekongreß zugunsten der parlamentarischen Orientierung entschieden. Die Gründe für diesen Sieg des Parlamentarismus sind schnell genannt: Sie bestehen erstens in der Tatsache, daß sich in Deutschland keine „echte“ Doppelherrschaft zwischen tradierten Staatsorganen und revolutionären Institutionen entwickelt hat, und zweitens darin, daß es zwar im November/Dezember eine Rätebewegung, nicht jedoch eine Rätebewegung gegeben hat. Letztere gewann erst an Bedeutung, als die Frage „Räte oder Nationalversammlung“ politisch schon entschieden war.

Von Doppelherrschaft im klassischen Sinne spricht man dann, wenn die alten Institutionen des Staates und die neuen Revolutionsorgane nebeneinander bestehen, aber keine von beiden die Macht hat, die jeweils andere zu verdrängen. Es ist ein Zustand temporär-labiler Gleichgewichts, der aber nicht von Dauer sein kann, sondern entweder revolutionär oder konterrevolutionär aufgelöst werden muß.

Mit dem 9. November 1918 waren die alten Institutionen in Deutschland tot. Weder Eberts Versuch, sich zum Reichskanzler einsetzen zu lassen, noch das Bemühen des Reichstagspräsidenten Fehrenbach, den Reichstag einzuberufen, hatten Erfolg. Stattdessen bildeten die beiden sozialdemokratischen Parteien den Rat der Volksbeauftragten, der faktisch die Regierungsgewalt übernahm. Dies war ein revolutionärer Akt, der auch in der Namensgebung an das russische Vorbild, den „Rat der Volkskommissare“ erinnerte. Es war jedoch ein Revolutionsorgan ohne Revolutionäre. Bei den mehrheitssozialdemokratischen Mitgliedern (Ebert, Landsberg, Scheidemann) bestand ohnehin kein Zweifel daran, daß sie eine parlamentarische Lösung jeder anderen vorziehen würden; von den drei USPD-Vertretern unterschieden sich zumindest Haase und Dittmann nicht prinzipiell von ihren MSPD-Kollegen, wenn sie es auch vorgezogen hätten, bei der Neugestaltung Deutschlands erst einmal Fakten zu schaffen, bevor die Nationalversammlung einberufen wurde. Der dritte USPD-Politiker im RdV, Emil Barth, war Vertreter der Obleute, geriet aber bald zwischen alle Stühle. Im RdV war er zweifellos der kritischste „Volksbeauftragte“, trug aber die Entscheidungen des Rates loyal mit und entfernte sich dadurch zwangsläufig von der sich radikalisierenden Basis seiner Partei und der Obleute.

Ein Parteiabkommen schafft natürlich keine revolutionäre Legitimität. Die mußte sich der RdV vom Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat holen, der bis zur Einberufung eines Reichsrätekongresses die

deutsche Rätebewegung insgesamt repräsentierte. Es entstand die etwas seltsame Konstruktion zweier Exekutiven, die sich formell auf denselben Ursprung beriefen: der vom Arbeiter- und Soldatenrat gewählte Vollzugsrat und der RdV. Der RdV konnte vom Arbeiter- und Soldatenrat nicht bestellt werden, weil er, aufgrund der raschen Initiative der MSPD, schon bestand, bevor der Arbeiter- und Soldatenrat in den Berliner Fabriken und Kasernen gewählt wurde. Er konnte also nur noch bestätigt (oder abgesetzt) werden. An Absetzung dachte ernstlich niemand. Im Gegenteil, das Zusammenwirken der beiden sozialdemokratischen Parteien im RdV wurde als hoffnungsfrohes Zeichen gewertet, daß die durch den Krieg hervorgerufene Spaltung nun überwunden werden könne. Der RdV wurde also bestätigt und der Vollzugsrat bekam die Aufgabe, den RdV zu kontrollieren.

Müller zeigt in seinem Buch detailliert, wie der RdV versuchte, seinen Räteursprung abzustreifen wie den Makel einer illegitimen Geburt. Die Entscheidung war gefallen, als sich auf dem Reichsrätekongreß Mitte Dezember 1918 die Mehrheit der Delegierten für die Einberufung der Nationalversammlung aussprach.

VI.

Mit dem Beschluß des Kongresses war die Rätebewegung politisch tot, nicht jedoch der Rätegedanke. An die Rätebewegung schloß sich die Rätesystembewegung an, d.h. der Versuch, die Arbeiterräte (die Soldatenräte verschwanden mit der Demobilisierung von selbst) zur Grundlage einer sozialistischen Demokratie zu machen. Alle Überlegungen zu den Möglichkeiten einer sozialistischen Revolution in Deutschland nach 1918 drehen sich daher zwangsläufig um das Problem der Räte.

Die in Westdeutschland lange Zeit gültige These, 1918 habe nur die Alternative bürgerliche Demokratie oder Bolschewismus bestanden, ordnete die Räte dem Bolschewismus zu. Diese ausgesprochen oberflächliche Betrachtungsweise, die nicht nur mangelnde Kenntnisse der Novemberrevolution, sondern auch Unkenntnis der Vorgänge in Rußland verrät, wurde Anfang der 60er Jahre durch die Bücher von Kolb und v. Oertzen nachhaltig erschüttert; ein früher Versuch (1954) von Walter Tormin in dieselbe Richtung war ohne Echo geblieben. Kolb und v. Oertzen blieb Tormins Schicksal u.a. auch deswegen erspart, weil die „Außerparlamentarische Opposition“ in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ebenfalls die Räte entdeckte. Zusammen mit dem „Jubiläum“ der Revolution ergab dies eine ideale Voraussetzung für eine intensive Diskussion der Räteproblematik. Die Diskussion wurde nicht nur historisch, sondern vor allem politisch geführt. Wenn diese Diskussion auch ein Paradebeispiel für die Aktualität historischer Phänomene war, so hatte sie auch ihre negativen Seiten. Parlamentarismus

und Räte wurden aus historischen Zusammenhängen gelöst und systemtheoretisch miteinander konfrontiert. Im Nachhinein erscheint es so, als sei diese Flucht ins Abstrakte ein durchaus beabsichtigter Schachzug der Parlamentarismusverteidiger gegenüber der z.T. antiparlamentarischen APO gewesen. Auf diese Weise konnten sie die Beweislast auf ihre Kontrahenten abwälzen. Historisch traten Räte immer dann auf, wenn traditionelle Institutionen, u.a. das Parlament, versagten. Beim abstrakten Systemvergleich hingegen wurde den Räteverfechtern die Last aufgebürdet, zu beweisen, warum ein Räteystem besser in der Lage sei, die Aufgaben einer „komplexen Industriegesellschaft“ zu lösen. Es wäre aber vielmehr zu beweisen gewesen, warum man am Parlamentarismus trotz seines historischen Versagens hätte festhalten sollen.

Die Anhänger des Räteystems gerieten schnell in die Defensive, weil sie natürlich nur hypothetisch argumentieren konnten, der Parlamentarismus hingegen auf eine respektable Zeit mehr oder minder erfolgreicher Praxis verweisen konnte. Es wurde übersehen, daß gerade in diesem „historischen Vorsprung“ die Ungleichheit der Argumentationschance liegt. Ebenso wenig wie die Räte-demokratie war der Parlamentarismus von Anfang an ein vollendetes Gebilde. Es dauerte vielmehr Jahrhunderte (deren Meilensteine man in England z.B. an den Wahlrechterweiterungen ablesen kann), bis er seine heutige Gestalt erreichte. Würde man vom Parlamentarismus nur seine jakobinische Phase kennen, man müßte ihn für eine höchst blutige Angelegenheit halten.

Die enthistorisierende Form der Diskussion hatte den weiteren Nachteil, daß Radikaldemokratie und Räte identisch gesetzt und räteähnliche Gebilde überall in der Geschichte, sogar im Altertum, entdeckt wurden. Damit wurde der Klasseninhalt der Rätebewegung verwischt. Räte sind entstanden als Mittel proletarischer Emanzipation. Erste Erscheinungsformen finden wir in der Pariser Commune von 1871, dann, namengebend, in den Arbeiterdeputiertenräten der russischen Revolution von 1905. Es ist schon deshalb notwendig, an den Klasseninhalt der Rätebewegung zu erinnern, weil heute der Parlamentarismus möglicherweise in einer noch größeren Krise steckt als 1968, die Alternative zu ihm jedoch u.a. in volksgemeinschaftlichen Mikrokosmen gesucht wird, deren Programm teilweise dazu tendiert, reaktionäre Züge anzunehmen. Die Rätebewegung war und ist Ausdruck der großen Industrie. Sie verleiht der Überzeugung Ausdruck, daß die Vergesellschaftung der Arbeit so weit fortgeschritten ist, daß nur eine kollektive Regelung der gesellschaftlichen Reproduktion den verhängnisvollen Krisenmechanismus des Kapitalismus (zu dem notabene auch die Hervorbringung von Kriegen gehört) beseitigen kann. Die Räte sind Gegner des Kapitalismus, aber Ausdruck der „Industriegesellschaft“.

Dies soll nicht heißen, daß Rätetheorie und die Suche nach „alternativen Lebensformen“ gar nichts miteinander zu tun hätten. Selten ist eine Theorie von der vorangegangenen Entwicklung so stark abhängig gewesen wie die Rätetheorie. Marx stieß auf sie erst, nachdem er das praktische Beispiel der „Pariser Commune“ vor Augen hatte, Lenin und Trotzki entdeckten die Räte erst, als ihnen der Petrograder Arbeiterrat das Funktionieren eines Sowjets vorlebte.

Andererseits hat jede neue Bewegung mit einer Fülle von Problemen zu kämpfen, die keine Theorie antizipieren kann, weil sie erst in der Praxis auftauchen. Sieht man von den „verstaatlichten“ Räten in der UdSSR ab, hat keine Räterepublik lange genug existiert, um eine produktive Auseinandersetzung mit diesen Problemen und eine Weiterentwicklung der Rätetheorie leisten zu können. Diejenigen, die aus der Kurzlebigkeit der Räterepubliken auf ihre mangelnde Lebensfähigkeit schließen, seien daran erinnert, daß alle diese Versuche sich von vorneherein im Würgegriff der Konterrevolution befanden, daß ihnen die Luft zum Atmen von Anfang an fehlte.

Trotz der kurzen historischen Erfahrung lassen sich Defizite der Rätetheorie aufzeigen und Punkte benennen, wo die neuere Diskussion um alternative Lebensformen weiterhelfen kann. So richtig das Prinzip sein mag, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht wählen soll, bleibt diese Definition noch dem kapitalistischen Arbeitsbegriff verhaftet. Als Arbeit gilt nur die Tätigkeit, die bezahlt wird. Wenn die politische Willensbildung ausschließlich auf dem Betrieb aufgebaut wird, fällt gesellschaftlich notwendige, aber nicht bezahlte Arbeit wie Kindererziehung, häusliche Reproduktion der Arbeitskraft usw. aus dem Bereich der politischen Anerkennung heraus. Tätigkeiten also, die gerade auch im proletarischen Traditionsverständnis gern den Frauen zugeschoben werden, die auf diese Weise nicht nur nicht bezahlt, sondern auch von politischer Mitwirkung ausgeschlossen werden. Ähnliche Probleme ergeben sich für diejenigen, die aus dem aktiven Arbeitsprozeß ausgeschieden sind. Der Betrieb ist zwar die Keimzelle des Rätensystems, darf jedoch nicht sein einziger Bezugspunkt bleiben.

In der DDR hat die Rätediskussion nie einen derartigen Stellenwert in der wissenschaftlichen Literatur erlangt wie in Westdeutschland. Das heißt aber nicht, daß es nicht auch hier zu heftigen Kontroversen gekommen ist. Die Diskussion wurde im wesentlichen 1958 in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ geführt, wobei es hauptsächlich um die Frage ging, wie die Räte in der Novemberrevolution einzuschätzen seien. Die Positionen reichten von der Auffassung, die Räte seien Organe der Konterrevolution bis zur Meinung, die Räte seien Ausdruck der Doppelherrschaft gewesen.

Für beide Auffassungen gibt es empirische Belege. Es gab Räte, die sich lediglich als Übergangsgorgane bis zur Einberufung der Nationalver-

sammlung begriffen. Sie waren, nimmt man die Delegierten zum Reichsrätekongreß zum Maßstab, die Mehrheit. Es gab andere, die sich nicht nur als Mittel, sondern auch als Ziel der proletarischen Revolution verstanden. Die vermittelnde Position zwischen den beiden Extremen war rasch gefunden: Zwar waren die Räte tendenziell Organe der proletarischen Staatsmacht, aber damit sie es auch tatsächlich wurden, bedurfte es der Anleitung durch eine marxistisch-leninistische Partei, die jedoch erst im Entstehen begriffen war. So glatt diese Lösung aussieht, verlagert sie jedoch nur das Problem des Schwankens und des sich nicht auf der Höhe der Zeit Befindens von den Räten auf die Partei.

VII.

Auch für Richard Müller war das Fehlen einer zielklaren Partei ein wesentlicher Grund für das Scheitern der sozialistischen Revolution. Allerdings nur ein wesentlicher, kein ausschließlicher. „Das Proletariat“, so schreibt er im 3. Band in seinen abschließenden Betrachtungen,

„konnte unmittelbar nach dem Umsturz die politische Macht ergreifen und behaupten, wenn sein aktivster, kampfprobtter und politisch geschulter Teil diese Notwendigkeit erkannt und den Willen dazu gehabt hätte, wenn ihm eine politische Partei mit klarem Programm, mit revolutionären Erfahrungen und Willen zur Seite stand.“

Aber die Sozialdemokratie, „die stärkste politische Partei des Proletariats“, hätte die Revolution nicht gewollt, und so ging diese Chance vorbei.

Die Beobachtung ist richtig, die Kritik allerdings moralisch. Denn wäre die SPD die revolutionäre Partei gewesen, die sie hätte sein müssen, um aus der Novemberrevolution eine erfolgreiche sozialistische Revolution zu machen, dann wäre sie keine Sozialdemokratie gewesen. Warum die SPD 1918 so war wie sie war, haben wir zu Beginn versucht zu erklären.

Aber für Müller war mit dem konterrevolutionären Verhalten der sozialdemokratischen Führer die Revolution noch nicht verloren. Zu Recht stellt er den Lernprozeß der Massen heraus, der über kurz oder lang die MSPD in eine Minderheitenposition gedrängt hätte. Für Müller erfolgte die eigentliche Niederlage in den Januarkämpfen 1919, die als Abwehr gegen die Entlassung des USPD-Polizeipräsidenten Eichhorn zu offensiv und als Versuch der Machtergreifung zu defensiv waren. Die Schilderung der Januarkämpfe steht im Mittelpunkt des dritten Bandes. Die erregende und zugleich deprimierende Darstellung Müllers bedarf hier keiner weiteren Kommentierung.

Mit den Januarkämpfen war die Revolution verloren. Müller beendete seine Darstellung der Revolution in Deutschland daher mit einem gewissen Recht an dieser Stelle. Aber die Niederschlagung des Januaraufstan-

des und die sich daran anschließende Liquidierung der Räterepublik in Bremen und München bedeutete nicht das Ende der revolutionären Kämpfe. Der fundamentale Unterschied zwischen der Novemberrevolution und den nachfolgenden Aufstandsversuchen (im Ruhrgebiet 1920, in Mitteldeutschland 1921 und in Hamburg 1923) war die regionale Begrenzung. Am machtvollsten war noch die Bewegung im Ruhrgebiet 1920, die sich aus der Abwehr gegen den Kapp-Putsch entwickelte. Die Erfahrungen der Novemberrevolution hatten gelehrt, daß man es nicht bei der Abwehr eines konterrevolutionären Putsches belassen dürfe, vielmehr über den Rahmen der bürgerlichen Republik hinausgehen müsse, um ein für allemal die Ursachen kappistischer Abenteuer – die im Nachhinein leicht als Vorboten des Faschismus zu identifizieren sind – auszurotten. Auch über die Rolle der SPD bestanden bei den Arbeiterkämpfen sehr viel weniger Illusionen. Auf der anderen Seite brauchten die sozialdemokratischen Führer diese Illusionen auch nicht mehr. Sie hatten nicht nur ein politisches Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie geschlossen, sondern auch in den Freikorps und der Reichswehr eine gegen links zuverlässige Waffe geschaffen. Sie konnten nicht ahnen, daß diese Waffe 12 Jahre später sich gegen sie selbst richten würde.

VIII.

Ist die Revolution von 1918/19 heute noch aktuell? Die Frage mag überraschen, denn in beiden deutschen Staaten scheint das realisiert, was in der Forschung beider Länder als Defizit der Novemberrevolution kritisiert wird. In Westdeutschland wird zwar in der Literatur von der „stekingeliebenen Revolution“ (E. Kolb) geredet, damit ist aber nicht gemeint, daß am Ende der Revolution ein sozialistisches Deutschland hätte stehen sollen. Vielmehr soll ausgedrückt werden, daß es die Revolution nicht geschafft habe, der Weimarer Republik ein stabileres demokratisches Fundament zu geben, als es tatsächlich geschehen ist. Es ist eine Kritik, die von dem Bewußtsein getragen wird, daß der Weimarer Republik die stabilen demokratischen Verhältnisse fehlten, die in der Bundesrepublik Deutschland heute herrschen.

Dieser Blick aus dem Licht zurück in den Tunnel ist allerdings trügerisch. Die Demokratie von Weimar wurde erkämpft. Da dieser Kampf nicht mit einem vollständigen Sieg endete, sondern den antidemokratischen Kräften des Bürgertums zentrale Positionen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Verwaltung, Justiz, Heer und politischem Apparat belassen wurden, blieb die Demokratie labil und erlag schließlich der faschistischen Konterrevolution.

Die Bonner Demokratie wurde verordnet. Sie konnte sich etablieren, weil es zu ihr keine Alternative gab. Eine sozialistische wurde von den Besatzungsmächten nicht zugelassen, eine faschistische war 1945 eben-

so undenkbar wie 1918 eine monarchistische. Die westdeutsche Gesellschaft erscheint stabil, ob es ihre demokratischen Grundlagen ebenfalls sind, ist angesichts des seit Jahren anhaltenden Entdemokratisierungsprozesses zweifelhaft. In der Weimarer Republik wurden antidemokratische Positionen offen vertreten, in der Bundesrepublik vollzieht sich die rechtsextremistische Renaissance hinter dem Schleier eines formal intakten parlamentarischen Systems.

Nichts wäre verfehlter, als in diesem neuerlichen Rechtstrend einen abermaligen Ausdruck des seit 1848 fehlgeleiteten „deutschen Weges“ zu sehen. Diese Auffassung ist zwar selbstkritisch gemeint, macht aber hilflos; denn was kann man gegen ein Fatum schon ausrichten?

In Wirklichkeit ist die deutsche Geschichte keineswegs zwangsläufig. Der deutsche Faschismus war nicht die konsequente Erfüllung des deutschen Weges seit Bismarck, sondern die Antwort auf die Novemberrevolution. Wenn das Ausmaß der Konterrevolution als ein Indiz für die Radikalität der Revolution genommen werden kann, dann war die Novemberrevolution mehr als nur eine Episode beim Übergang vom Kaiserreich zur Republik, es war die erste deutsche Revolution auf der Höhe ihrer Zeit.

Demokratische Erziehung sollte daher nicht mehr abstrakt an demokratischen Prinzipien ansetzen, sondern konkret an den historischen Erfahrungen im Kampf um Demokratie in Deutschland. Wenn man am Beispiel der Novemberrevolution herausgefunden hat, daß die Republik von Weimar deshalb scheitern mußte, weil die politische Demokratie nicht durch die soziale Republik fundiert wurde, und wenn man feststellen muß, daß das Bürgertum, nicht nur in Deutschland, zur Demokratie nur ein taktisches, die Arbeiterklasse jedoch ein prinzipielles Verhältnis hat, dann wird klar, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland die Konsequenzen aus den Lehren der Novemberrevolution noch nicht gezogen worden sind, daß diese Revolution keine historische, sondern eine unverändert aktuelle Revolution ist.

Auch im anderen deutschen Staat trägt die Selbstsicherheit, mit der behauptet wird, das Erbe der Novemberrevolution sei nun realisiert. So wie die parlamentarische Demokratie in den Westzonen, wurde der Sozialismus in der SBZ verordnet, so wie in Westdeutschland die „freiheitliche Gesellschaftsordnung“ als Import aus den „westlichen Demokratien“ erscheint, so der „Arbeiter- und Bauernstaat“ als Einfuhr aus der Sowjetunion. Die Gefahr ist offensichtlich: Die Unsicherheit darüber, inwieweit der Sozialismus nun wirklich in der Bevölkerung verankert ist, ruft ständig repressive Überreaktionen bei der Partei- und Staatsführung hervor.

Ebensowenig wie in der BRD das *demokratische* Erbe der Novemberrevolution realisiert wurde, hat die DDR das *sozialistische* verarbeitet. Die Novemberrevolution zeigt den Sozialismus als Perspektive der Mas-

sen, erkämpft durch die Massen. Sie zeigt ferner, daß dies kein glatter, widerspruchsfreier Prozeß sein kann, sondern ein Weg ist, der durch Lernfolge und Rückschläge gleichermaßen bestimmt wird. Sie zeigt außerdem, daß Sozialismus nur dann Bestand haben kann, wenn er von der Mehrheit des Proletariats bewußt gewollt wird. Seine Notwendigkeit muß sinnlich erfahrbar sein und darf nicht nur als geschichtsnotwendiges Prinzip proklamiert werden.

Die in der Novemberrevolution angelegten Möglichkeiten eines militanten, gleichwohl demokratischen Weges zum Sozialismus werden in den DDR-Publikationen in der Regel zugunsten einer marxistisch-leninistischen Scholastik ausgespart. Die Novemberrevolution hat – wenn auch nur ansatzweise – gezeigt, daß Sozialismus nicht bürokratisch verwaltet werden muß, sondern in den Räten ein Instrument geschaffen werden kann, das der Masseninitiative und der Selbstverwaltung der Produzenten genügend Raum läßt, ohne dabei die Anforderungen einer umfassenden Wirtschaftsregelung zu vernachlässigen. Eine Diskussion dieser Möglichkeiten auch im „realen Sozialismus“ könnte Unruhe verursachen, aber es wäre eine produktive und dem Sozialismus keineswegs schädliche Unruhe.

Wenn die Novemberrevolution, wie es einleitend hieß, im Westen verdrängt und im Osten auf ein Museumspodest gestellt wurde, dann deswegen, weil man sich der Fortführung der durch die Revolution gestellten Aufgaben entziehen will. Die Novemberrevolution wird aber erst dann wirklich „unsere“ Revolution sein, wenn wir ihr Erbe erfüllt haben.

Frank Dingel